

5 JAHRE INITIATIVE LIEFERKETTEN GESETZ.DE

EIN RÜCKBLICK



FABRIKBRAND
PAKISTAN
258 TOTE

DAMMBRUCH
BRASILien
246 TOTE

FABRIKEINSTURZ
BANGLADESCH
1134 TOTE

STREIK
SÜDAFRIKA
34 TOTE



2019-2024: EIN BÜNDNIS – ZWEI GESETZE

Im Jahr 2019 haben wir uns als **großes Bündnis aus NGOs, Kirchen, Gewerkschaften und lokalen Akteuren** gegründet. Unser Ziel: Menschenge-machte Katastrophen wie der Einsturz der Textilfabrik Rana Plaza mit über 1.100 Toten im April 2013 in Bangla-desch sollten sich niemals wieder-holen. Deswegen haben wir für ein deutsches und danach ein EU-weites Lieferkettengesetz gekämpft.

Gemeinsam mit unseren zeitweise mehr als 140 Mitgliedsorganisationen haben wir fünf Jahre lang Petitionen gestartet, Protestaktionen durchge-

führt, Veranstaltungen organisiert, Gespräche mit Politiker*innen geführt, Recherchen veröffentlicht, per Social Media über das Thema informiert und vieles mehr. **Unsere Arbeit hatte Erfolg: 2021 beschloss der Bundes-tag das deutsche Lieferkettengesetz, 2024 folgte die EU-Lieferkettenricht-linie.**

Unsere gemeinsame Bündniskampagne hat ihre beiden großen Ziele damit erreicht und ist in der bisherigen Form beendet. Doch wir wissen auch: Es ist noch lange nicht vorbei! Die Bundes-regierung muss zum Beispiel das EU-

Lieferkettengesetz jetzt in nationales Recht überführen. Dabei werden die Weichen für die praktische Anwend-barkeit und dauerhafte Ausgestaltung des Rechts gestellt.

Lieferkettengesetze sollen helfen, das ökonomische und rechtliche Ungleich-gewicht zwischen Unternehmen und Wirtschaftsverbänden auf der einen und Arbeiter*innen und Anwohner*in-nen auf der anderen Seite auszuglei-chen. Sie sind nur wirksam, wenn sie angewendet und verbessert werden. Aufgaben gibt es genug: Die Sorgfalts-pflichten für den Klimaschutz müssen

strenger werden und der Finanzsektor darf nicht weiter außen vorgelassen werden.

So sehr die beiden Gesetze also ein Erfolg für den Schutz von Menschen-rechten, der Umwelt und des Klimas in globalen Lieferketten sind, so sehr muss uns auch klar sein: Sie müssen noch besser werden und sie sind nur ein Instrument unter vielen weiteren notwendigen Maßnahmen, um globa-les Wirtschaften fairer zu gestalten:

Wir sind noch nicht am Ziel, aber wir sind endlich am Start!

10

GROSSE
BÜNDNISAKTIONEN

1

EINE
GEMEINSAME
STIMME

140

MITGLIEDS-
ORGANISATIONEN

70

PRESSE-
MITTEILUNGEN

CA. 400

LOBBYBRIEFE

CA. 400.000

UNTERSCHRIFTEN

CA. 60

PUBLIKATIONEN

ZWEI GESETZE GEGEN DIE VERANTWORTUNGSLOSIGKEIT

DAS DEUTSCHE GESETZ

Im Juni 2021 beschließt der Bundestag das Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz und verpflichtet Unternehmen, endlich Verantwortung für Menschen und Umwelt in ihren Lieferketten zu übernehmen. Eine Behörde kontrolliert das. Die Zeit freiwilliger Selbstverpflichtungen ist zu Ende – ein Paradigmenwechsel.

DAS EU-LIEFERKETTENGESETZ

Im Mai 2024 beschließt die EU die CSDDD. Nun müssen EU-weit Unternehmen Sorgfaltspflichten umsetzen. Betroffene von Menschenrechtsverletzungen durch Unternehmen können vor EU-Gerichten auf Schadenersatz klagen. Ein großer Erfolg – und eine gute Nachricht für alle, die in Lieferketten ausgebeutet werden.

Aktion auf der Reichstagswiese zum Start unserer Kampagne im September 2019.

GEGEN GEWINNE OHNE GEWISSEN ...

EINE
„LOBBY-DRUCK-
KAMPAGNE“

2018 ergibt sich eine Gelegenheit: Die große Koalition kündigt ein Gesetz an – falls Unternehmen nicht Sorgfaltspflichten einhalten. Für uns ist klar: Dieses Gesetz kommt nur, wenn wir öffentlich zeigen, wie viele Organisationen, Unternehmen, Wissenschaftler*innen und Bürger*innen dafür sind. Also starten wir 2019 eine gemeinsame „Lobby-Druck-Kampagne“. Das heißt: Wir verzahnen klassische Kampagnen- und Lobbyarbeit aufs Engste miteinander.

Arbeitsminister Heil und Umweltministerin Schulze nehmen im September 2020 spontan unsere Petition an, die Bundeskanzlerin Merkel nicht entgegennehmen wollte.



... HILFT NUR NOCH EIN GESETZLICHER RAHMEN

UNSERE FORDERUNG

Unser Bündnis ist vielfältig – doch wir einigen uns auf gemeinsame Forderungen: Ein Lieferkettengesetz muss deutsche Unternehmen verpflichten, bei ihren Geschäften im In- und Ausland menschenrechtliche und umweltbezogene Sorgfalt walten zu lassen. Bei Missachtung der Pflichten müssen Konsequenzen folgen. Eine zivilrechtliche Haftungsregelung muss Betroffenen endlich den Zugang zu Recht erleichtern.

WIRTSCHAFTSLOBBY OHNE ERFOLG

Nicht umsetzbar, zu teuer, ein Sargnagel für die deutsche Wirtschaft: Die großen Wirtschaftsverbände ziehen alle Register, um das Gesetz zu verhindern. Dabei schrecken sie auch vor Falschbehauptungen nicht zurück. Wir halten mit unserer Erzählung dagegen, protestieren

beim Tag der Industrie, zeigen auf, wie viele Unternehmen für das Vorhaben sind – und überzeugen schließlich auch die Union.

DAS GESETZ IST DA

Am 11. Juni 2021 ist es tatsächlich geschafft: Der Bundestag beschließt das „Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz“. Ein echter Grund zum Feiern! Zur Wahrheit gehört aber auch: Das Gesetz ist ein Kompromiss. Es erfasst nur sehr große Unternehmen. Es verpflichtet sie nicht, von vornherein auch am Anfang ihrer Lieferketten Risikoanalysen durchzuführen. Es enthält zu wenig Umwelt- und Klimaschutz und keine Haftung. Trotzdem ist es ein Meilenstein, denn es verlangt die Sorgfalt nicht nur auf dem Papier, sondern regelt eine behördliche Durchsetzung mit Kontrollen und Bußgeldern.



YES EU CAN

LIEFERKETTEN- GESETZ GOES EU

Nicht nur in Deutschland, auch in Europa bewegt sich etwas: Noch während wir für das deutsche Gesetz streiten, kündigt die Kommission ein EU-Lieferkettengesetz an. Nach dem großen Erfolg in Deutschland ist uns klar: Wir machen weiter! Zusammen mit Organisationen aus Europa begleiten wir den EU-Prozess – und schauen besonders den deutschen Akteuren auf die Finger.



Aktion zur Petitionsübergabe an Bundeskanzler Scholz
im Dezember 2022 in Berlin.

WIESO, WESHALB, DARUM: 1.000 GUTE GRÜNDE

SCHWIERIGE BEDINGUNGEN

Ab 2022 dominiert der russische Angriffskrieg die öffentliche Debatte. Mit unserem Thema dringen wir seltener durch. Trotzdem gelingt es uns, Akzente zu setzen, z.B. mit unserer Kampagne „1.000 gute Gründe“. Und als die FDP Anfang 2024 das EU-Lieferkettengesetz zu Fall bringen will, zeigt sich: Auf das Bündnis ist Verlass! Mit Pressearbeit, Protestaktionen und auf Social Media sind wir zur Stelle und können die Debatte entscheidend mitprägen.

EINE EUROPÄISCHE BEWEGUNG

Wir sind nicht allein: In ganz Europa kämpft die Zivilgesellschaft für ein EU-Lieferkettengesetz. Im NGO-Dachverband ECCJ sind wir eng vernetzt und im September 2022 startet die EU-weite Kampagne „Justice is Everybody's Business“. Gemeinsam organisieren wir europaweite Aktionstage und stellen

uns den einflussreichen Industrie- und Unternehmensverbänden entgegen.

DIE CSDDD KOMMT

Ende Mai 2024 nimmt das EU-Lieferkettengesetz die letzte Hürde – eine große Erleichterung. Denn: Am Ende war es ein echter Krimi. Bei der finalen Abstimmung im Rat enthält sich Deutschland. Ein Manöver der FDP, das Deutschlands Ansehen in der EU beschädigt. Die Mehrheit im Rat wackelt – aber sie hält. Mit der CSDDD sind Unternehmen in ganz Europa zu Sorgfalt verpflichtet. Und anders als das deutsche Gesetz regelt es auch Klimapflichten und führt eine zivilrechtliche Haftung ein!



DIE KANÄLE UNSERER MITGLIEDER ...

UNSERE ARBEITSWEISE

Unsere Pressearbeit ist ein Kern der Kampagne: Auf aktuelle Ereignisse reagieren wir mit schnellen und pointierten Statements. Mit Recherchen, Briefings und Hintergrundgesprächen schaffen wir dazu immer wieder selbst Anlässe zur Berichterstattung. Möglich machen das die Mitgliedsorganisationen, deren Inhalte wir nutzen dürfen. Auch bei der weiteren Öffentlichkeitsarbeit gilt: Nur durch unsere Mitglieder können wir in die Breite wirken. Im Kampagnenbüro erstellen wir Flyer, Postkarten, Sharepics, Textbausteine u.v.m. – die unsere Mitgliedsorganisationen über ihre Kanäle verbreiten. So werden wir als Initiative Lieferkettengesetz zu einem festen Bestandteil der öffentlichen Debatte.

Presskonferenz zur Gründung unseres Bündnisses im September 2019.

... DIE ÖFFENTLICHE DEBATTE PRÄGEN

MIT EINER STIMME SPRECHEN ...

... fängt bei der Wortwahl an. Ob „Sorgfaltspflichtengesetz“ oder „Nachhaltige-Wertschöpfungsketten-Gesetz“, zu Beginn unserer Arbeit kursieren viele Bezeichnungen. Wir einigen uns auf „Lieferkettengesetz“ – ab Kampagnenstart nutzen wir nur noch dieses Wort. Der Plan geht auf: Politik und Medien übernehmen den Begriff. Wir tragen ihn im Namen – und werden direkt als wichtiger Akteur in der Debatte wahrgenommen.

POINTIERT UND TROTZDEM SERIÖS

Eine Kampagne lebt davon, Komplexität zu reduzieren. Auf Social Media versuchen wir das, wann immer es geht – mit pointierten Slogans und zugespitzten

Motiven. Trotzdem sind Fakten die oberste Maxime. Das gilt umso mehr für die Pressearbeit: Hier senden wir zwar klar verständliche Botschaften, vermeiden aber plakative „Kampagnensprache“. Und wenn die Gegenseite zu Falschbehauptungen und Polemik greift, setzen wir auf Faktenchecks und Hintergrundgespräche für Journalist*innen.

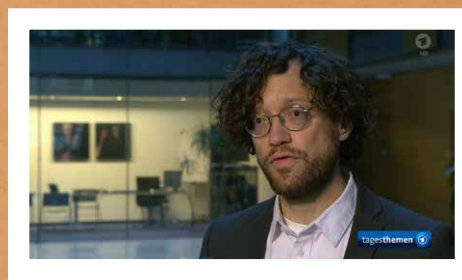
Pressemitteilung +++ Sperrfrist 08.02.2022, 15:00 +++

EU-Lieferkettengesetz: Kommission kündigt Entwurf für Februar an – mehr als 100 Unternehmen fordern Haftungsregel

Berlin, 08.02.2022: Das EU-Vorhaben, Unternehmen in ganz Europa zu Menschenrechts- und Umweltstandards in ihren Lieferketten zu verpflichten, findet Unterstützung von Wirtschaftsseite: Mehr als 100 Unternehmen und Investoren haben sich heute für ein EU-Lieferkettengesetz ausgesprochen. Die EU-Kommission hatte das Vorhaben im letzten Jahr mehrfach verschoben, nun steht es für ihre Sitzung am 23. Februar auf der Tagesordnung. Zivilgesellschaftliche Organisationen in zahlreichen EU-Staaten fordern ein wirksames Gesetz, das die Situation von Betroffenen verbessert.

„Ohne klare Regeln kümmern sich Unternehmen viel zu selten um Menschenrechte und Umweltstandards in ihren Lieferketten – mit fatalen Folgen. Viele Länder haben deswegen mit nationalen Gesetzen vorgelegt. Die EU hat nun eine historische Chance, in ganz Europa klare Spielregeln zum Schutz der Betroffenen zu schaffen.“ kommentiert Johanna Kusch, Sprecherin der Initiative Lieferkettengesetz.

In einer heute vom Business and Human Rights Resource Centre veröffentlichten Stellungnahme sprechen sich mehr als 100 deutsche und europäische Unternehmen und Investoren für ein EU-Lieferkettengesetz aus. Erstmals fordern sie darin auch die Einführung einer Haftungsregel, die es Betroffenen ermöglichen würde, Schadensersatz zu erhalten. In der



BRIEFING

JULI 2020



Eine Veröffentlichung der Initiative Lieferkettengesetz



91% der Bevölkerung finden:
Die Politik muss dafür sorgen, dass deutsche Unternehmen bei ihren Auslandsgeschäften Menschenrechte achten.



Repräsentative Umfrage von Infratest dimap im Auftrag der Initiative Lieferkettengesetz, September 2020

AUF DER STRASSE

WIR GEHEN NICHT MEHR WEG

Wenn es darauf ankam, waren wir da: Mit vielen Aktionen haben wir auf unverantwortliches Verhalten von Unternehmen, Verbänden oder Politiker*innen aufmerksam gemacht. Zahlreiche politische Akteur*innen haben uns gespiegelt: Ohne das Engagement der Zivilgesellschaft hätten die beiden Gesetze nicht in dieser Form abgeschlossen werden können.



Six Billboards vor dem Tag der Industrie in Berlin: Im Oktober 2020 kommt Wirtschaftsminister Altmaier an unserer Botschaft nicht vorbei.



GEMEINSAM SIND WIR STARK

WAS IST DAS PROBLEM?

Sell the problem, not the solution: Zu Beginn unsere Kampagne wollen wir zeigen, warum es überhaupt ein Lieferkettengesetz braucht. Und so fokussieren sich auch unsere Protestaktionen auf das Fehlverhalten von Verbänden und Einzelunternehmen. Sei es beim deutschen Arbeitgebertag, wo wir den Kuschkurs von Wirtschaftsbossen mit der Politik anprangerten. Sei es vor der Konzernzentrale von TÜV Süd, dessen brasilianische Tochterfirma 2018 einen Damm für sicher erklärte und dessen Einsturz kurz danach 272 Menschen tötete. Oder beim Tag der Industrie, bei dem Wirtschaftsminister Altmaier geladener Gast ist – und seine Limousine unsere Protestaktion unmittelbar passieren muss.

WER BLOCKIERT?

Als es am Ende beim EU-Lieferkettengesetz um alles oder nichts geht, ruft ins-

besondere das Verhalten der FDP Empörung hervor: Die Minister Buschmann und Linder setzen sich nicht nur dafür ein, dass sich Deutschland bei der Abstimmung im Rat enthält. Sie versuchten auch, die anderen EU-Mitgliedstaaten dazu zu bewegen. Deswegen protestieren wir – nicht nur vor dem EU-Parteitag der FDP in Berlin, sondern unsere NGO-Kolleg*innen aus Brüssel auch vor der deutschen Botschaft.

AKTION VOR DEM FDP-EU-PARTEITAG 2024



AKTION BEIM ARBEITGEBERTAG 2019



AKTION VOR DEM WILLY-BRANDT-HAUS 2024



Foto: Laila Sieber/Oxfam

AKTION VOR TÜV SÜD 2019



Foto: Micha Deutschland

OLAF SCHOLZ SCHWEIGT

**ES GEHT
AUCH OHNE
DEUTSCHLAND**

Im Morgengrauen des 19. Januar 2024 leuchtet eine Botschaft auf dem Kanzleramt: **Enthaltung ist keine Haltung!** Denn das Problem ist nicht nur die FDP, die wie ein trotziges Kleinkind das EU-Lieferkettengesetz am liebsten wieder umwerfen möchte, sondern auch der Bundeskanzler: Obwohl die eigene Partei und die Grünen hinter dem EU-Lieferkettengesetz stehen, obwohl es unzählige Unternehmen und Wissenschaftler*innen fordern, obwohl eine große Mehrheit der Bevölkerung dahintersteht: Olaf Scholz schweigt. Auf sein Machtwort warten wir vergebens – doch zum Glück braucht es am Ende Deutschland gar nicht für die nötige Mehrheit im Rat.

Projektion an das Bundeskanzleramt in Berlin im Januar 2019.

IN DER BREITE WIRKEN

Unser Bündnis umfasst Gewerkschaften ebenso wie Umweltorganisationen und kirchliche Akteure – nur durch diese können wir die verschiedenen politischen Akteur*innen erreichen.

STARKE BETEILIGUNG KIRCHLICHER AKTEURE

Die vielen kirchlichen Unterstützerorganisationen erstellen nicht nur eigene Materialien für ihre Arbeit, sie tragen auch dazu bei, dass sich die Evangelische Kirche in

Deutschland sowie das Zentralkomitee der deutschen Katholiken öffentlich für starke Lieferkettengesetze aussprechen.

DEZENTRALE STRUKTUREN

Um das Koordinationsbüro nicht zu überlasten, verteilen wir Aufgaben und befähigen unsere Mitgliedsorganisationen, als Multiplikator*innen zu wirken. So können wir in der Breite wirksam sein - Hut ab an dieser Stelle vor den bis zu 14 regionalen Koordinator*innen für ihren Einsatz!



Bonn



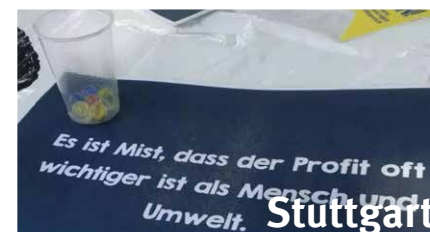
Hamburg



Baden-Württemberg



Koblenz



Stuttgart



Baden-Württemberg



Frankfurt

KONSTRUKTIV UND FUNDIERT

UNSERE ARBEITSWEISE

Die eng abgestimmte Advocacy-Arbeit ist ein Kern der Kampagne: Auf politische Entwicklungen reagieren wir schnell und mit fachlich fundierten und zugleich konstruktiven Beiträgen. Unsere langjährige Erfahrung und Expertise zu den relevanten Fragen nutzen wir wirkungsvoll: Ob mit Rechtsgutachten, Briefen oder Gesprächen: Wir reden mit.

Eine wichtige lessons learned für uns ist, dass dicke Bretter nie alleine gebohrt werden. Ohne den Elan von Entwicklungsminister Gerd Müller (CSU) oder den Einsatz von Arbeitsminister Hubertus Heil (SPD), die sich parteiübergreifend für ein Lieferkettengesetz stark machten, wären

wir nicht so weit gekommen. Neben einer starken Zivilgesellschaft braucht es viele engagierte Menschen, die sich in ihrem Wirkungsradius für Gesetze wie das Lieferkettengesetz einsetzen.



LOBBYGESPRÄCH MIT KEVIN KÜHNERT. GENERALSEKRETÄR DER SPD UND ÜBERGABE DER EILAKTION, FEBRUAR 2024



STRATEGISCH – AUF ALLEN EBENEN

EINEN SCHRITT VORAUS SEIN

Es ist uns als Initiative Lieferkettengesetz erfolgreich gelungen, eine hohe Glaubwürdigkeit gegenüber hiesiger Politik und Medien zu entwickeln. Das haben wir erreicht, indem wir u.a. Rechtsgutachten und Fachpublikationen veröffentlichten und mit fundierten und konstruktiven Ideen in den Gesprächen mit Politiker*innen oft einen Schritt voraus waren.

LOBBY IN DER BREITE

Dank unserer aktiven Mitgliedsorganisationen konnten wir sehr viele Abgeordnete des Bundestags persönlich auf das Lieferkettengesetz aufmerksam machen: mit zahlreiche Aktionen lokaler Gruppen, in Gesprächen mit Politiker*innen vor

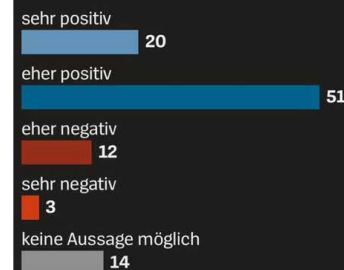
Ort oder Lieferketten-Briefen aus der Region. Mit unseren Web-Seminaren, Textbausteinen und Hintergrundargumentationen konnten sich die Mitglieder bei Bedarf intensiv auf Lobbygespräche und Debatten vorbereiten.

IRRITATION ALS STRATEGIE

Gesetze, die Unternehmen in die Pflicht nehmen, sind schwer durchzusetzen. Sie werden oft einseitig als Belastung der Wirtschaft wahrgenommen. So betitelten große deutsche Industrie- und Arbeitgeberverbände die Lieferkettengesetze wahlweise als „Bürokratiemonster“ oder „Axt am deutschen Wirtschaftsmodell“. Umso wichtiger ist es, dass sich fortschrittliche Unternehmen für die Gesetze aussprechen.

Optimistische Firmen

»Welchen langfristigen finanziellen Impact erwarten Sie von der neuen Lieferketten-Richtlinie der EU?«, in Prozent



Quelle: Inverto Verian; 10. November bis 3. Dezember 2023; Stichprobe aus 330 befragten Einkauf- und Lieferkettenverantwortlichen, in Unternehmen mit mehr als 500 Mitarbeitern



ZWEI JAHRE PLANEN



**Erstes Strategie-Trägerkreistreffen nach Corona im Juni 2022:
Mit einem klaren Kompass und gemeinsamen Highlights zum
EU-Lieferkettengesetz.**

VORBEREITUNG LOHT SICH

Was wir gelernt haben: Eine auf längere Dauer angelegte Bündnisarbeit ist dann erfolgversprechend, wenn alle vereint auftreten und mit einer Stimme sprechen – und sich gleichzeitig alle Organisationen im Bündnis auf ihre jeweiligen Stärken fokussieren können.

In nicht weniger als sechs Kampagnenworkshops haben wir von 2017 bis 2019 gemeinsam unser Kampagnenkonzept ausgearbeitet. Seien es die gemeinsamen politischen Forderungen, die Auswahl der Kommunikationslinie oder wie man Entscheidungen treffen will: Die Arbeit, die wir alle in die Vorbereitung unserer Kampagne gesteckt haben, hat sich ausgezahlt.

MIT HERZ UND VERSTAND

UNSERE BÜNDNISSTRUKTUR

Die Initiative Lieferkettengesetz bestand aus einem Trägerkreis (15-20 Organisationen), einem Steuerungskreis (8-10 gewählte Personen), einem 2-köpfigen Bündnisbüro, 140 Unterstützerorganisationen und acht Arbeitsgemeinschaften (AGs) zu den Themen Recht, Wirtschaft, Politik, Umwelt, Kirche, Finanzen, regionale Koordination und Öffentlichkeitsarbeit / Mobilisierung. Alle Mitglieder konnten sich in die AGs einbringen und mit unserem wöchentlichen internen Newsletter über den Stand der Kampagne informieren.

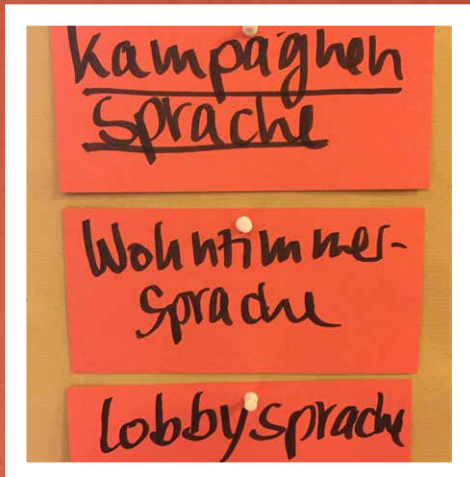
VON DER VISION ZUM WANDEL

Der Wunsch nach einem gesellschaftlichen Wandel einte uns: weg von Freiwilligkeit hin zu gesetzlicher Regulierung. Die großen Wirtschaftsverbände haben es

aber erfolgreich geschafft, in den Köpfen vieler Politiker*innen die problematische Botschaft zu verankern, dass Regulierung den Unternehmensinteressen und somit auch den Interessen Deutschlands schadet. Hier galt es alternative Botschaften zu senden. Unser Kommunikationsansatz "Ausbeutung #MadelnGermany" hat dafür etwa gute Dienste geleistet.

IMMER WIEDER NACHJUSTIEREN

Auf grundlegende neue Gegebenheiten angemessen zu reagieren, fällt großen Bündnissen oft schwer. Um als Initiative aber professionell handeln und kommunizieren zu können, hat das Bündnisbüro stets darauf bestanden, nachzuzusteuern: sei es bei Corona, dem russischen Angriffskrieg oder der Ankündigung der EU-Kommission, dass der EU-Prozess schon jetzt losgeht.



WAS HÄTTE BESSER LAUFEN KÖNNEN?

EINBINDEN VON SÜDPARTNER*INNEN UND PROMIS

Auch wenn viele Mitgliedsorganisationen Partner*innen und Kontakte weltweit haben, ist es uns nicht gelungen, dauerhaft mit Expert*innen oder betroffenen Menschen aus dem Globalen Süden zusammenzuarbeiten. Und zu einem internen *running gag* entwickelte sich unser steter Wunsch mehr Promis als Fürsprecher*innen zu gewinnen. Doch es sollte nicht sein: zu kurzfristig die Anlässe, zu komplex das konkrete Anliegen.

WIE WIRD ÜBER LIEFERKETTENGESETZE GESPROCHEN?

Es ist den großen Wirtschaftsverbänden gelungen, die Debatte über das Lieferkettengesetz zu „technisieren“. Anstatt über die Frage zu sprechen, wie die Situation von Menschen in den Lieferketten effektiv verbessert werden kann,

drehte sich Debatte um angeblich „unkontrollierbare Haftungsrisiken“ und die Machbarkeit von Sorgfaltspflichten für Unternehmen. Im Fokus der Auseinandersetzung standen die Unternehmen, und nicht mehr die Betroffenen. Leider ist es uns nicht gelungen, in unserer öffentlichen Diskussion hierzu ein ausreichendes Gegengewicht zu bilden.

STRUKTUREN VERINNERLICHEN

Unsere Bündnisstruktur ist zwar funktional – wir hätten sie aber im Laufe der Kampagnen öfter in Erinnerung rufen und verständlicher machen müssen. Unsere interne Evaluation hat ergeben, dass insbesondere im Trägerkreis nicht alle Entscheidungen des Steuerungskreises als transparent empfunden und nicht alle Partizipationsmöglichkeiten genutzt worden sind. Als Bündnis ist uns dadurch Potenzial verloren gegangen.



ERFOLGE FEIERN



WIR SAGEN DANKE

Eine Sache, die im geschäftigen Alltag vieler von uns oft zu kurz kommt: Innenhalten und das Erreichte feiern. Umso schöner, dass wir im Juni 2024 gemeinsam unsere Erfolge und das tolle Bündnis feiern konnten.

Wir sagen noch einmal Danke an alle, die dabei mitgewirkt haben!

Feier des Bündnisses Initiative Lieferkettengesetz am 14. Juni 2024.

A: Adveniat, Agrar Koordination, Aktion 3. Welt Saar, Aktion gegen den Hunger, Aktionsgemeinschaft Solidarische Welt, **Amnesty International Deutschland**, **Arbeitsgemeinschaft der Eine Welt-Landesnetzwerke in Deutschland (agl)**, Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend in Deutschland (aej), Attac Deutschland, AWO International, **B:** Berliner Entwicklungspolitischer Ratsschlag e.V. (BER), Berliner Landesarbeitsgemeinschaft Umwelt und Entwicklung Blue 21 e.V., Bistum Mainz, Bistum Osnabrück, Bistum Speyer, Bremer entwicklungspolitisches Netzwerk e.V. (BeN), **Brot für die Welt**, Bund der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ), **Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND)**, Bündnis Eine Welt SH, Bündnis für gerechten Welthandel München, **C:** Campo Limpo, Solidarität mit Brasilien, Christliche Arbeiterjugend (CAJ) Land Bayern, **Christliche Initiative Romero (CIR)**, Color Esperanza, Coordination gegen BAYER-Gefahren, **CorA - Netzwerk für Unternehmensverantwortung**, cum razione, **D:** Dachverband der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre, Deutsche Kommission Justitia et Pax, **Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB)**, Deutsche

Seemannsmission, Deutsche Umwelthilfe, DeZentrale, Diakonisches Werk Bayern, Diözesanrat der Katholiken im Bistum Passau, Diözesanstelle Weltkirche des Bistums Hildesheim, **E:** Eine Welt Forum Freiburg, Eine Welt Netz NRW, Eko, Entwicklungspolitisches Netzwerk Sachsen, Environmental Justice Foundation (EJF), Erzbistum Paderborn, Erzdiözese Freiburg, **ECCHR**, „Entscheiden für Christus“ (EC) Indienhilfe, Europäische Vereinigung von Jurist*innen für Demokratie und Menschenrechte, Evangelische Jugend Bayern, Evangelische Kirche in Hessen und Nassau, Evangelische Kirche Pfalz, Evangelische Kirche von Kurhessen-Waldeck, Evangelische Kirche von Westfalen, Evangelischer Verband Kirche-Wirtschaft-Arbeitswelt, Evangelisches Bauernwerk in Württemberg, **F:** Fachstelle Weltkirche im Bischöflichen Generalvikariat Münster, Facing Finance, Fair in Braunschweig, **FEMNET**, FIAN Deutschland, Fair Trade Stadt Hamburg, Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika (FDCL), Forum Arbeitswelten, **Forum Fairer Handel**, Forum für Umwelt und gerechte Entwicklung (FUGe Hamm), Forum Menschenrechte, **G:** Gemeinwohl-Ökonomie Deutschland, **Germanwatch**, Gesellschaft für bedrohte

Völker, Global Policy Forum Europe, Go-liathwatch, **Greenpeace**, **H:** Handy-Aktion Baden-Württemberg, Hauptabteilung Weltkirche der Diözese Rottenburg-Stuttgart, Hoffnungszeichen | Sign of Hope e.V., Human Rights Watch Deutschland, Humanistische Gemeinschaft Hessen, Ideen³ // Karte von morgen, **I:** IG Metall, INFOE, Informationsbüro Nicaragua, Informationsstelle Peru, **INKO-TA-Netzwerk**, Intag, International Justice Mission (IJM) Deutschland, **J:** Jugend im Bund für Umwelt- und Naturschutz (BUNDjugend), **K:** Kampagne “Bergbau Peru - Reichtum geht, Armut bleibt”, Kampagne für Saubere Kleidung Deutschland, Katholische Arbeitnehmer-Bewegung (KAB) Deutschlands, Katholische Betriebsseelsorge Rottenburg-Stuttgart, Katholische Frauengemeinschaft Deutschlands (kfd), Katholische Landjugendbewegung (KJLB) Deutschlands, Katholischer Deutscher Frauenbund (KDFF), Kindernothilfe, Kirchlicher Entwicklungsdienst der Nordkirche, Kolping International, Kolpingwerk Deutschland, Kolpingwerk Diözesanverband Paderborn, **L:** lightup Germany, Lippische Landeskirche, Lothar-Kreyssig-Ökumenezentrum,

M: medico international, mehr Wert!, Mexico via Berlin, Micha Deutschland, Mighty Earth, **MISEREOR**, missio - Internationales Katholisches Missionswerk, Mission EineWelt, **N:** NaturFreunde Deutschlands, NES, **O:** Oikocredit - Westdeutscher Förderkreis, oikos Institut für Mission und Ökumene der Ev. Kirche von Westfalen, Oroverde - Die Tropenwaldstiftung, **Oxfam Deutschland**, **P:** Partner Süd Mexikos, pax christi - Deutsche Sektion, Plan International Deutschland, PowerShift, **R:** ROBIN WOOD, **S:** SCHOKOFAIR - Stoppt Kinderarbeit!, Slowfood Deutschland, sneep, Solidaritätsdienst International (SoDi), **SÜDWIND**, SV Babelsberg 03, **T:** terre des hommes, Transparency Deutschland, **U:** Umweltinstitut München, **V:** VENRO, ver.di, **W:** **WEED**, Welthaus Bielefeld, **Weltladen-Dachverband**, **Werkstatt Ökonomie**, WWF Deutschland, **X:** XertifiX, **Z:** Zentrum für Entwicklungsbezogene Bildung (ZEB) / DiMOE, Zentrum für Mission und Ökumene -Nordkirche weltweit

WEITERE INFORMATIONEN

Die Initiative Lieferkettengesetz macht seit Juni 2024 unter dem Dach des CorA-Netzwerks weiter bis das EU-Lieferkettengesetz in deutsches Recht umgesetzt ist.

Webseite: www.cora-netz.de

Kampagnenfilm (2021): Noch nicht am Ziel, aber endlich am Start: Lieferkettengesetz verabschiedet!

<https://www.youtube.com/watch?v=7aR1hbD-P8g>

IMPRESSUM



Initiative Lieferkettengesetz
Stresemannstraße 72
10963 Berlin

Kontakt: info@lieferkettengesetz.de

Redaktion: Johanna Kusch und Johannes Heeg

Layout: Bertram Sturm, www.bertramsturm.de